

Gekommen, um zu bleiben

Weltweit flüchten Menschen aus ihrer Heimat wegen Hunger, Verfolgung und Krieg. Viele von ihnen kommen nach Europa, speziell nach Deutschland. Bis sie eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, machen viele Flüchtlinge eine schwere Zeit durch. Aber auch die Behörden stehen unter Druck und sind überlastet.

Von Stefan Döring

Der Wind peitscht über das offene Meer, die Wellen schlagen an das Boot. Immer wieder schwappt Wasser über die Reling. Für Bewegungen hat Yasin Turan (Name von der Redaktion geändert) keinen Platz. Mit ihm sitzen 300 andere Menschen dicht aneinander gedrängt im Boot. Das kleine Schiff ist hoffnungslos überfüllt. Die Kleider sind nass, Turan friert. Auch den anderen geht es wie ihm. Sie stört das schon nicht mehr. Alle haben nur einen Wunsch: ein besseres Leben führen.

Für manche bleibt dieser Traum das Letzte, woran sie denken, bevor sie auf dem offenen Meer sterben. „Es war ein kleines, kaputtes Schiff. Ich habe gedacht: ‚Entweder lebst du, oder du stirbst‘. Auf der Fahrt habe ich Menschen sterben sehen“, sagt Turan niedergeschlagen.

Es ist Jahre her, dass er auf diesem Schiff saß. In Izmir in der Türkei hatte er einem Schleuser viel Geld bezahlt, damit er mitfahren durfte. Er bekam einen gefälschten Ausweis und konnte auf das Boot steigen. Kurz vor der italienischen Küste bei Triest kam die europäische Küste in Sicht, die Zukunft winkte. Endlich!

Turan hatte viel Hoffnung in diese Flucht gesetzt. Doch die Freude über das Erreichen Italiens sollte nur von

kurzer Dauer sein. Nachdem er und seine Mitstreiter von der italienischen Küstenwache an Land gebracht worden waren, mussten alle Flüchtlinge ihre Fingerabdrücke abgeben. Für Turan war klar, wie seine Reise weitergehen würde. So war es immer gewesen: Er musste wieder nach Deutschland, weil er hier schon 1993 erfasst worden war. Seitdem lebt er mit kurzen Unterbrechungen in einem Asylbewerberheim in Hattingen nahe Bochum.

Strenge Kontrollen

Gut 450 Kilometer weiter südlich, im Ortenaukreis, ist es tiefste Nacht. Der City Night Line 451 hat soeben die deutsch-französische Grenze überfahren. In wenigen Augenblicken wird er auf dem Bahnhof in Kehl, nahe Offenburg, einlaufen. Mit jedem Meter verliert der Express, der Paris, München, Berlin und Hamburg miteinander verbindet, an Geschwindigkeit. Dann bleibt er stehen. Plötzlich geht es ganz schnell. Bundespolizisten reißen die schweren Türen auf und springen in den Waggon. In Zweiertams bahnen sie sich den Weg durch die engen, dunklen Gänge.

Die Beamten gehören zur Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit, die normalerweise bei Fußballspielen oder Demonstrationen Krawalle verhindern soll. Heute Nacht haben sie eine andere Aufgabe: illegale Einwanderer nach Deutschland ausfindig zu machen – Flüchtlinge, die sich ein besseres Leben erhoffen.

Erst vor wenigen Minuten sind die rund 20 Polizisten durch die Bahnhofshalle hindurch in Richtung der Gleise anmarschiert gekommen. In dunklen Uniformen mit schusssicherer Weste, Schlagstock, Dokumentenprüfergerät, Handschellen, Taschenlampe, Pfefferspray und Pistole sehen sie furchteinflößend aus. Doch heute werden sie keine



Waffen und keine Handschellen brauchen.

Die Uhr am Handgelenk des Bundespolizisten Arne Hettich zeigt 0:40 Uhr an, als er an eine Abteiltür klopft und bestimmt nach den Ausweisen fragt.

Mit einigen Sekunden Verzögerung klackert es, die Kette wird entfernt und eine freundliche, verschlafene dreinblickende Dame, die, wie sich später herausstellt, aus der Karibik stammt, öffnet. Sie kramt etwas verwirrt die Pässe von sich und ihren Mitfahrern aus der Tasche. Hettich und seine Kollegin Stephanie Beyerlein nehmen die Papiere genau unter die Lupe – im Wortsinn. Ein kurzer Blickwechsel zwischen den Beamten. Hier ist alles in Ordnung. Noch ein kurzer Plausch. Nach Wien wolle sie und befinde sich auf einer Europa-Tour. „Gute Nacht und einen schönen Aufenthalt“, wünscht Hettich mit warmer Stimme. Die Anspannung hat sich gelegt. Die Dame bedankt sich und nimmt zum Abschied einen Kollegen für ein Erinnerungsfoto in den Arm.

Immer wieder Kinder

Die meisten Fahrgäste reagierten verständnisvoll, doch manche regten sich furchtbar auf, erklärt Dietmar Hutt, Polizeikommissar und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit in der Bundespolizeiinspektion Offenburg. In der Regel sei mit den Pässen alles in Ordnung. Doch immer häufiger stößt die Streife auf illegale Einwanderer. Heute Nacht ist es vergleichsweise ruhig. Ein minderjähriger Afghane ist im Zug aufgegriffen worden. Sein Name ist Sami, er weiß noch nicht so richtig, wie ihm geschieht, zittert am ganzen Körper. Auf dem zugigen Bahnhof liegen die Temperaturen um den Gefrierpunkt, und der Junge in seiner hellen Sommerjacke und der weißen Mütze auf

Die Bundespolizisten Dieter Hutt, Stephanie Beyerlein und Arne Hettich (von links) betrachten einen gefälschten Ausweis.

INFORMATION

Ein Flüchtling ist eine Person, die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann.

UNO

Dieter Hutt und Arne Hettich kontrollieren ein Abteil im City Night Line von Paris nach Deutschland auf illegale Einwanderer.



Stefan Döring (4)

dem Kopf wirkt übermüdet. Gepäck hat er keines dabei.

„Es gibt auch Nächte, in denen holen wir 15 bis 20 Menschen aus dem Zug, die illegal die Grenze übertreten haben“, sagt Arne Hettich. Erst neulich wurden innerhalb von 24 Stunden gleich 28 Flüchtlinge im Grenzgebiet aufgegriffen. Insgesamt waren es zwischen Januar und Ende Oktober 2014 über 3.000 Menschen, die unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind – alleine im Ortenaukreis. Gegenüber dem Jahr 2013 habe sich die Zahl verdreifacht, wie Hettich erklärt.

Die Polizeiwache am Bahnhof in Kehl ist spartanisch eingerichtet. Notizen auf einer weißen Tafel zeigen, die Namen und Herkunftsländer illegaler Einwanderer, die aufgegriffen wurden. Das sei nötig, um den Überblick nicht zu verlieren, erwähnt ein vorübergehender Beamter beiläufig. In einem kahlen Raum sitzt nun Sami und muss sich ausziehen. Er spricht nur Dari – eine Art Persisch. Mit Mühe und Not konnte er den Beamten erklären, dass er von Paris nach Hamburg reisen will. Seine Eltern seien schon dort. Einen Ausweis hat er nicht dabei.

Auf Sami wartet eine lange Prozedur: Leibbesichtigung, Fingerabdrücke werden genommen, Fotos gemacht. Die Dinge, die er am Körper trägt, werden aufgelistet. „Das ist inzwischen zur Routine geworden“, gibt Hettich zu, auch wenn das Prozedere alles in allem rund zwei Stunden dauert. „Natürlich machen uns die Einzelschicksale auch betroffen. Vor allem, wenn es um Kinder geht“, sagt Hutt. Aber es sei eben ihr Job. Sie haben Anweisungen, die sie befolgen müssen. Auch wenn es manchmal schwer fällt. Erst wenn die Uniform



Stephanie Beyerlein gibt die Dokumentennummer eines Passes in das System ein. Schnell kann sie überprüfen, ob ein Ausweis gestohlen gemeldet ist.

abgelegt ist, lassen sie Gefühle wie Mitleid zu.

Nach den Untersuchungen und „erkennungsdienstlichen Maßnahmen“, wie die Bundespolizei ihr Verfahren nennt, werden die meisten Flüchtlinge wieder auf freien Fuß gesetzt. Dann müssen sie sich eigenständig in Karlsruhe in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) melden. Hier ist die Erstaufnahmestelle des Landes Baden-Württemberg.

Lange Wartezeiten

Sami muss nicht nach Karlsruhe. Zwar hat er in der Befragung einen Asylantrag gestellt, aber auch angegeben, dass er erst 14 Jahre alt sei. Deshalb kümmert sich nun das Jugendamt Offenburg um ihn. Wie es dann weitergeht?

Darüber entscheidet das BAMF. Dr. Manfred Schmidt ist Präsident des Bundesamtes und sieht sich tagtäglich schwierigen Entscheidungen ausgesetzt. 78.000 Anträge musste seine Behörde im Jahr 2013 bearbeiten, rund 30 Prozent wurden angenommen, und die Flüchtlinge bekamen eine Aufenthaltsgenehmigung. Er meint, dass Deutschland inzwischen an seine Grenzen gestoßen sei, weil immer mehr Flüchtlinge einreisen. „Dieses Jahr werden wir bis Jahresende 200.000 Asylanträge erhalten. Diese Zahl stellt sowohl das Bundesamt als auch die Länder und Kommunen vor Herausforderungen“, erklärt Schmidt. Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW will das so allerdings nicht stehen lassen. „Deutschland hat in den absoluten Zahlen vielleicht die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Gemessen an der Einwohnerzahl liegen wir aber nur auf dem neunten Platz“, sagt sie mit Blick auf die Staaten der Europäischen Union (EU).

Sami muss nun knapp sieben Monate – wenn er Pech hat, sogar länger – auf eine Entscheidung warten. „Die

durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Asylantrags beträgt derzeit 7,3 Monate. Es gibt Verfahren, die schneller gehen, es gibt aber auch Verfahren, die länger dauern. Syrische Antragsteller erhalten derzeit nach durchschnittlich rund drei Monaten ihren Bescheid – geplant ist, Verfahren aus den Krisengebieten Syrien und Nordirak künftig in elf Tagen zu entscheiden“, sagt der Präsident des BAMF. Diese Unterscheidung regt Birgit Naujoks auf: „Es gibt keinen guten oder schlechten Flüchtling. Alle haben das gleiche Recht auf Asyl. Da darf es auch keine Unterscheidung in der Bearbeitung geben.“

Seit 21 Jahren heimatlos

Yasin Turan wartet inzwischen seit 21 Jahren auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Er ist Kurde und kommt eigentlich aus der Türkei. Aufgewachsen ist er in den Bergen im Osten des Landes, unweit der irakischen Grenze. Als er zwölf Jahre alt war, musste er mit ansehen, wie sein Vater gefoltert und getötet wurde. Turan und seine Familie waren nicht mehr sicher, sind in ihrer Heimat politisch verfolgt. Sie verkauften ihre Tiere und ihr Haus und flohen. „Wir haben alles abgegeben. Wir wollten nur noch weg, irgendwo ein anständiges Leben ohne Angst führen“, erzählt der heute 33-Jährige. Sie bestachen mit dem Geld türkische Polizisten, die ihnen gefälschte Pässe ausstellten, erzählt er. Diese Chance nutzten Turan und seine Familie, um nach Düsseldorf zu fliegen. Dort angekommen wurden ihnen die Ausweise von der Polizei abgenommen, sie stellten einen Asylantrag. Statt eines Lebens in Freiheit folgte

„Das Leben der Flüchtlinge zu retten, ist ein Gebot der Menschlichkeit“

Bischof Norbert Trelle

BLICKPUNKT Helfen ist Pflicht

Wir sind in der Pflicht! Wir Deutsche, wir Europäer, wir Menschen. Wenn auf der Welt Kriege herrschen, ist es nur natürlich, dass die Unbeteiligten diese Regionen verlassen. Würden wir Angst um unser Leben haben oder Hunger leiden, sähen wir uns auch nach Ländern um, in denen wir sicher wären. Die Fluchtgründe sind vielfältig, aber sie haben meistens dieselben Hintergründe: dem Elend, der Verfolgung, dem Krieg zu entfliehen – irgendwo ein besseres Leben führen. Viele Menschen kommen deshalb nach Europa. Die Wirtschaft floriert, die Lebensbedingungen sind ansprechend und auch die sozialen Strukturen und Unterstützungen durch die Politik sind vorhanden. Nichts anderes suchen die Flüchtlinge. Gerade als Christen sind wir in der Pflicht, diese freundlich aufzunehmen. Auch unsere Urväter waren auf der Flucht, und Christus opferte sich schließlich für alle Menschen, nicht nur für ausgewählte. Jeder Mensch hat ein anständiges Leben verdient, und wir können dabei helfen.



Kommentar von Stefan Döring

„Asyl lässt sich nicht begrenzen. Wenn es viele Krisen gibt, gibt es auch viele Flüchtlinge“

Birgit Naujoks

allerdings eine bis heute andauernde Tortur für Yasin Turan. Eine Heimat hat er nicht, wurde immer abgeschoben.

Die ersten Jahre lebte er mit seiner Familie in Hattingen, ging zur Schule und fing eine Ausbildung an. Doch plötzlich war alles anders. Kaum feierte er seinen 18. Geburtstag, wurde er aufgefordert, das Land zu verlassen. Aus Angst vor der Rückkehr in die Türkei floh seine Familie nach Frankreich, stellte dort ebenfalls Asylanträge. Da sie allerdings bereits in Deutschland gemeldet waren, schickten die Franzosen sie zurück. Doch hier durften sie ebenfalls nicht bleiben. „Man hat uns behandelt wie Terroristen, und wir wurden zurück in die Türkei gebracht“, erzählt Turan. Dort wurde der Kurde gefangen genommen und gefoltert, seine Familie verlor er aus den Augen.

Seitdem versuchte er mehrmals, in verschiedenen Ländern Europas einen Asylantrag zu stellen, ging immer ein hohes Risiko ein. Einmal wäre er sogar fast vor der griechischen Küste ertrunken. In letzter Sekunde wurde er gerettet. Doch bleiben durfte er nirgendwo. Weder in Frankreich, Norwegen, Italien oder den Niederlanden. Immer wieder wurde er nach Deutschland geschickt. Eine Aufenthaltsgenehmigung hat er immer noch nicht. Dabei wünsche er sich nichts mehr, als ein „normales Leben zu führen. Ich will mich selbst

finanzieren und arbeiten. Mehr will ich nicht“, sagt Yasin Turan mit Tränen in den Augen. Manchmal würde er lieber sterben, als dieses Leben zu führen. „Man darf nichts machen. Ich wohne immer noch im Heim und habe Angst vorm Schlafen. Angst davor, abgeholt und ausgewiesen zu werden. Das Leben hier ist noch schlimmer als auf der Flucht“, erklärt er. Wenn er jetzt noch einmal zurück in die Türkei müsste, würde er sich umbringen.

Dublin schreibt vor

Turan ist Leidtragender des Dublin-II-Abkommens zwischen den EU-Staaten, das die Aufnahme von Flüchtlingen regeln soll. Dieses besagt, dass der Antrag nur in dem Land gestellt werden kann, in dem der Flüchtling sich zum ersten Mal im EU-Raum gemeldet hat. In der Regel sind das die Staaten an den europäischen Außengrenzen. Gerade Italien ist aufgrund der vielen Tausend Menschen, die über das Mittelmeer kommen, überfordert. Dass viele Flüchtlinge unbemerkt weiter nach Mittel- oder Nordeuropa wollen, verschärft die Situation noch.

Dieses Problem kennt auch Manfred Schmidt vom BAMF. „Der Flüchtling, der sich auf den Weg macht, sucht einen sicheren Staat und eine Lebensperspektive. Das



würden wir auch machen. Wir würden versuchen, in ein Land zu kommen, wo es die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und bereits eine Gemeinschaft aus dem Fluchtland gibt“, sagt Schmidt. So ein Land sei Italien eben nicht. Dort seien die sozialen und strukturellen Probleme groß. Deshalb wollen so viele Einwanderer nach Deutschland oder Skandinavien und entziehen sich den Kontrollen in Südeuropa.

Da so viele Schutzsuchende sich nicht registrieren lassen, ist für den Flüchtlingsrat NRW ohnehin klar, dass das Dublin-II-Abkommen gescheitert ist. „Die Regelung wurde von den großen Staaten gemacht, um die Flüchtlinge in den Grenzstaaten zu lassen“, sagt Naujoks vom Flüchtlingsrat. Stattdessen solle sich die EU neue Lösungen überlegen. Den Vorwurf möchte sich Schmidt

Die Unterkünfte für Flüchtlinge sind hoffnungslos überfüllt. Deshalb finden viele Menschen auch bei der Kirche Zuflucht. Doch nicht nur Schlafplätze werden angeboten, sondern auch Sprachkurse oder Kleiderspenden werden gesammelt.

Auf solch einem Boot kam Yasin Turan 2010 aus der Türkei nach Italien. Zusammen mit etwa 300 Menschen versuchte er die Flucht vor Elend und Krieg.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Zahlen, Daten, Fakten
Zwischen Januar und November 2014 stellten 181.453 Flüchtlinge in Deutschland einen Asylantrag. Die meisten Antragsteller kamen aus Syrien (22 Prozent), Serbien (9 Prozent) und Eritrea (8 Prozent). Nach einer Statistik der UNO flüchteten 2013 circa 1,8 Millionen Menschen nach Europa.

Pro Asyl ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die sich seit mehr als 25 Jahren für die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa einsetzt.

Der Flüchtlingsrat NRW ist ein offenes und unabhängiges Netzwerk von Asylarbeitskreisen, Flüchtlingsinitiativen und

räten, Selbstorganisationen und Einzelpersonen. Der Rat engagiert sich für die Rechte von Flüchtlingen.

Vorschlag „Prinzip der freien Wahl des Mitgliedstaates“
Wenn Asylsuchende nicht in EU-Staaten abgeschoben werden, in die sie nicht wollen, wird verhindert, dass sie von einem EU-Land ins nächste wandern. Die sogenannte Sekundärwanderung innerhalb der EU wird vermieden. Kosten für bürokratische Verfahren zur Überstellung von einem Land ins andere werden reduziert. Die unter Umständen entstehenden Ungleichgewichte in der Auslastung der Mitgliedstaaten können durch einen Europäischen Ausgleichsfonds korrigiert werden.



picture-alliance/dpa (3)

allerdings nicht gefallen lassen: „Wir haben ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Das bedeutet, dass jeder EU-Mitgliedstaat seinen sich daraus ergebenden Verpflichtungen nachkommen muss. Illegale Einwanderung und insbesondere Schleuserkriminalität können nicht dann bekämpft werden, wenn jemand bereits in Deutschland ist.“

Hilfe überall nötig

Deshalb hilft die Bundesregierung auch vor Ort. Im Syrienkonflikt wurde über eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung gestellt und mit der Bundeswehr und dem Technischen Hilfswerk versucht, im Nahen Osten die Lebensbedingungen zu verbessern. Auffanglager in Nordafrika, wie sie Bundesinnenminister Thomas de Maizière ankündigte, seien hingegen nicht die optimale Lösung, sagt Naujoks: „Das ist zwar sinnvoll, löst die Probleme aber nicht. Es muss ein neues System her. Der finanzielle Ausgleichsfonds, den ProAsyl (siehe Infokasten Seite 5) vorgeschlagen hat, könnte eines sein.“ Auch die finanzielle Hilfe im Nahen Osten sieht sie gespalten. „Das Geld wird falsch verteilt. Wir müssen nicht die Fluchtursachen bekämpfen. Das würde Jahre dauern. Wir müssen die Situation der hier lebenden Flüchtlinge verbessern“, sagt Naujoks.

Denn in vielen Städten wird es zunehmend schwieriger, die geflohenen Menschen unterzubringen. Das liegt laut Schmidt auch daran, dass Kommunen in den vergangenen Jahren viele Gebäude an private Unternehmen verkauft haben. Dadurch sei es heute schwierig, bezahlbare Wohnungen für die vielen Tausend Flüchtlinge zu finden, die in Deutschland ihren Asylantrag stellen. Deshalb müssen viele Flüchtlinge in Notunterkünften untergebracht werden, und diese sind häufig überfüllt.

Das bekannteste Beispiel ist wohl die Bayernkaserne in München. Viele Menschen fanden keinen Platz in den Räumen, sondern mussten draußen kampieren. Noch mehr erhielten erst gar keinen Zugang, standen vor verschlossenen Toren. Eine Notsituation, die sich über Monate hinzog, bis der Freistaat Bayern neue Unterkünfte öffnete.

Der Flüchtlingsrat NRW wirft den Politikern vor, die Entwicklung des Flüchtlingsstroms nicht vorhergesehen zu haben. „Das Problem ist hausgemacht. Man hat verschlafen, sich vorzubereiten, und nun leiden die Flüchtlinge darunter. Zum Beispiel sind in Bochum, Essen oder Oberhausen genug Wohnungen frei. So lange aber der Asylantrag nicht bearbeitet ist, bekommt keiner Zugang zum Wohnungsmarkt“, erklärt Birgit Naujoks.

Zusammenarbeit aller

Der Präsident des BAMF, Manfred Schmidt, sieht ebenfalls das Problem und fordert eine Zusammenarbeit aller: „Länder, Kommunen und die Bundesregierung stehen in gemeinsamer Verantwortung.“ Zwar seien im Bundesamt 300 neue Stellen geschaffen worden, doch solange die Länder und Kommunen nicht ebenfalls mehr Leute einstellen, bleibe es schwierig. Dabei hätten Flüchtlinge auch positive Effekte auf Deutschland. Da sind sich alle Parteien einig. „Jeder anerkannte Flüchtling hat die Möglichkeit, hier zu arbeiten. Dies nutzt dem Arbeitsmarkt und bereichert auch unsere Gesellschaft“, stellt Schmidt heraus. „Flüchtlinge sind nicht nur eine Belastung, sondern können auch eine Bereicherung sein. Wir dürfen uns aber nicht nur aussuchen, wen wir haben wollen.“

Um den Flüchtlingen besser zu helfen, hoffen die Behörden auf die Unterstützung aus der Bevölkerung,



Links: Ein Beamter nimmt die Fingerabdrücke eines Flüchtlings, der versucht hat, unerkannt die Grenze zu passieren.

die in vielen Teilen des Landes enorm hoch ist. Bürger geben Sprachkurse oder begleiten die Schutzsuchenden zu Ämtern. Andere sammeln Kleider. „Wenn ich mir anecke, was im kirchlichen und ehrenamtlichen Bereich passiert, gibt mir das Hoffnung für die Gesellschaft. Das Flüchtlingsproblem ist keine Sache, die die Behörden oder die Gesellschaft alleine gestemmt bekommen. Flüchtlinge aufzunehmen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, appelliert Schmidt. Wenn es nach Naujoks geht, könnten die katholischen Bischöfe dieses Thema mehr in den Fokus rücken: „In der evangelischen Kirche wurden gute Beschlüsse getroffen. Ich würde mir aber wünschen, dass in der katholischen Kirche auch in Predigten oder Verlautbarungen auf das Thema aufmerksam gemacht wird.“ Schließlich habe die Kirche einen „großen Einfluss auf die Menschen und kann eine wichtige Rolle spielen. Den Beitrag muss sie leisten“, fordert die Vertreterin des Flüchtlingsrats NRW.

Papst Franziskus ermahnte die Politiker der Europäischen Union bereits bei seiner Ansprache an das Europaparlament Ende November 2014: „Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof wird. Auf den Kähnen, die tagtäglich an den europäischen Küsten landen, sind Männer und Frauen, die Aufnahme und Hilfe brauchen.“

Yasin Turan hat inzwischen wieder etwas Hoffnung geschöpft. Ihm wurde eine Arbeitserlaubnis ausgestellt, und er hat eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch erhalten. Trotzdem würde er heute nicht mehr nach Europa fliehen, dafür hätte er zu viele schlechte Erfahrungen gemacht. Kanada wäre jetzt sein Wunschland.

So lange allerdings in den Krisenregionen weiter Kriege und Unruhen herrschen und Menschen aus ihren Heimatländern flüchten, werden Arne Hettich, Dieter Hutt und Stephanie Beyerlein im Ortenaukreis die Grenze weiter nach illegalen Einwanderern absuchen. Denn: „Asyl lässt sich nicht begrenzen. Wenn es viele Krisen gibt, gibt es auch viele Flüchtlinge“, sagt Birgit Naujoks. ◀

„Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof wird. Auf den Kähnen, die tagtäglich an den europäischen Küsten landen, sind Männer und Frauen, die Aufnahme und Hilfe brauchen.“

Papst Franziskus bei seiner Rede im Europaparlament



Ein Bild, das in vielen Erstaufnahmestellen hätte entstehen können: Diese sind überfüllt, Beamte kommen mit der Bearbeitung der Anträge kaum hinterher. Die Bayernkaserne in München (links) war besonders davon betroffen.